

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1907**

16.1.1907 (No. 15)

# Karlsruher Zeitung.

Mittwoch, 16. Januar.

№ 15.

Expedition: Karl-Friedrich-Strasse Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.  
Vorauszahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.  
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 25 Pf. Briefe und Gelder frei.  
Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

1907.

## Amtlicher Teil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich unter dem 10. Januar d. J. gnädigst bewogen gefunden, dem ersten Vorsitzenden des Vorstandes des Gewerbevereins Karlsruhe, Hoflieferanten, Mednermeister und Installateur Ludwig Anselment in Karlsruhe, und

dem Mitgliede des Vorstandes des genannten Vereins, Hoflieferanten, Buchbinder und Kaufmann Karl Feigler daselbst, das Verdienstkreuz vom Zähringer Löwen zu verleihen.

Mit Entschliessung Großh. Generaldirektion der Staats-eisenbahnen vom 12. Januar d. J. wurde Betriebs- und Telegraphenassistent Friedrich Wörne in Karlsruhe nach Billingen versetzt; die Versetzung des Stationsverwalters Ludwig Bernhard in Krauchenwies als Telegraphenassistent nach Billingen wurde zurückgenommen.

Mit Entschliessung Großh. Generaldirektion der Staats-eisenbahnen vom 14. Januar d. J. wurde Betriebsassistent Heinrich Schäffer in Mannheim nach Dos versetzt.

## Nicht-Amtlicher Teil.

### Ein Wort an die Konservativen.

Als am 13. Dezember v. J. der Reichskanzler auf Befehl des Kaisers den Reichstag auflöste, da stimmte in den lebhaften Beifall von der linken Seite des Saales die konservative Partei freudig ein. Das „Gefühl der Befreiung“, wie die liberale Presse die durch die Auflösung des Reichstages bewirkte Stimmung bezeichnete, kam auch in den maßgebenden Organen der konservativen Partei zum offenen Ausdruck. Man durfte aus diesen Pressäußerungen, die den unmittelbaren Eindruck widerspiegeln, den das Verhalten des mit der Sozialdemokratie verbündeten Zentrums hervorgerufen hatte, den erfreulichen Schluss ziehen, daß die Führer der konservativen Bewegung sich über fraktionelle Bedenken hinwegsetzen und vereint mit den Parteien, mit denen sie gemeinsam an jenem 13. Dezember gegen Zentrum und Sozialdemokratie gestimmt hatten, im Wahlkampfe zusammengehen würden; gewiß nicht nach einer allgemeinen Schablone, aber immerhin unter gerechter, den höchsten vaterländischen Zwecken dienender Würdigung der in den einzelnen Wahlkreisen obwaltenden Umstände. Aber die frohe Farbe der Entschliessung, die die ersten Kundgebungen der konservativen Presse auszeichnete, ward bald durch den rückwärtigen Gedankens Wälse angefränkt und heute sind wir so weit, daß in einem „Stimmungsbild“ das amtliche Organ der badischen konservativen Partei, die „Badische Post“, die Lösung ausgibt: „Je weiter nach links der Bloß sich zusammensetzt, je weniger wird die Reichsregierung mit ihm arbeiten können, und von diesem Gesichtspunkt aus erscheint uns vom konservativen Standpunkt die Sache nicht so tragisch, wenn einmal, statt eines Nationalliberalen oder Freisinnigen, ein Sozialdemokrat gewählt wird, dadurch daß die Konservativen zu Hause bleiben.“ Und auf daß kein Zweifel darüber obwalte, daß diese politische Weisheit nicht bloß geistiges Eigentum der Redaktion der „Badischen Post“ ist, wird in einer dem „Stimmungsbild“ angefügten, offenbar parteiamtlichen Kundgebung der gleiche Gedanke wie folgt fortgesponnen: „Bei der durch Wort und Tat bewiesenen engen Verwandtschaft zwischen Liberalismus und Sozialdemokratie und bei der beiden gemeinsamen Feindschaft gegen grundsätzliche positives Christentum und gegen grundsätzliche Fürstentreue, ist es ganz einerlei, ob irgend ein Liberaler oder ein Sozialdemokrat gewählt wird.“ Es ist nicht unsere Sache, den bürgerlichen Liberalismus gegen die von der „Badischen Post“ ausgesprochene Verdächtigung zu verteidigen; wir wollen aber doch nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß die „Badische Post“ es nicht bei dieser einen Verdächtigung bewenden läßt: sie spricht im gleichen Atemzuge von der „sozialistenfreundlichen Haltung unserer badischen Regierung, insbesondere ihres Organs, der „Karlsruher Zeitung“, und des Ministers Schenkel“. Und da das konservative Blatt damit nur nachspricht, was ihm der „Badische Beobachter“ in einer — sonst ganz belanglosen — Polemik gegen die

„Karlsruher Zeitung“ vorgezogen hatte, so sei uns gestattet, beiden Blättern in einem zu antworten: In der Zweiten Kammer des Landtags ist wiederholt vom Regierungstische die alberne Behauptung zurückgewiesen worden, daß die „Karlsruher Zeitung“ im Oktober 1905 ein liberal-sozialdemokratisches Bündnis empfohlen habe; die „Karlsruher Zeitung“ hat ebenfalls eine solche Deutung ihrer damaligen redaktionellen Ausführungen als irrtümlich bezeichnet. Wer jetzt noch an der — wir wiederholen — albernen Behauptung festhält, die Regierung und die „Karlsruher Zeitung“ hätten damals oder sonst zu einer Zeit „sozialdemokratische Politik“ getrieben oder begünstigt, spricht nach alledem bewußt die Unwahrheit und hat das Recht verwerkt, als ehrlicher politischer Gegner betrachtet zu werden.

Und nun noch eins: Wir hoffen gern, daß die gutkonservativen Wähler unseres Landes an dem für die weitere Entwicklung unserer Reichsangelegenheiten entscheidungsvollen Wahltag die Bedeutung ihrer Stellungnahme bewußt sein werden. Sie werden, dessen sind wir gewiß, nicht, wie ihr Organ es ihnen ansinnt, leichtfertig denken, „daß es nicht tragisch zu nehmen sei“, wenn durch ihre Stimmhaltung ein Sozialdemokrat statt eines Nationalliberalen in den Reichstag gewählt wird; sie werden sich sagen, daß sie als Konservative, national empfindende Patrioten und als grundsätzliche Anhänger der Monarchie die Gewissenspflicht zu erfüllen haben, dafür zu sorgen, daß in den Reichstag Männer entsendet werden, die das Deutsche Reich schützen vor der Wiederholung einer so skandalösen Bloßstellung, wie sie am 13. Dezember 1906 Zentrum und Sozialdemokratie vereint unternommen haben.

## Wahlbewegung.

### Ein katholischer Gelehrter gegen das Zentrum.

Ueber die Reichstagsauflösung, das Zentrum und die nationalen Parteien spricht sich Leo v. Savigny, o. Professor der Rechte an der Universität Münster i. W., das Mitglied einer dem Zentrum sehr nahe stehenden Familie, in folgender bemerkenswerten Weise aus:

Man blide einmal in das Personalverzeichnis des letzten Reichstages und der Reichstage der 70er und 80er Jahre des vorigen Jahrhunderts, und man wird die äußeren Kennzeichen des Wandels, die in dem Wechsel der Personen den Ausdruck finden, nicht übersehen können. Um die unsicheren Kantontisten von neuem um die Banner der Partei zu fesseln, wurde gelegentlich der Männerrolle vor Ministerstühlen recht energisch betont und Opposition betrieben. Dieses schwächliche Verhalten, das von der bleichen Furcht vor der sozialdemokratischen Konkurrenz diktiert erschien, mußte auf die Dauer der Linken in der Partei gewonnenes Spiel geben und jene Periode zeitigen, die durch Herrn Erzberger den Charakter indelebiler erhalten hat. Er ist uns das Prototyp jener neuen Schichten, deren politisches Gebaren der Gesamthaltung des Zentrums in steigendem Maße das Gepräge giebt. Als die beherrschende Norm dieses Verhaltens kann man den Grundsatz formulieren: Vor allem sich nicht von der Sozialdemokratie in dem Wettlauf um die Gunst des Herrn Omnes übertreffen lassen! Wie den jungen Themistokles der alte Ruhm des Miltiades nicht schlafen ließ, so möchte es manchem begehrenswert erscheinen, auch der jungen Schläfe des Zentrumsmannes die hehren Vorbeeren des greisen Weibel zu gewinnen. Und da die Parteiautoritäten dem jungen Wagemute auf manchen Gebieten zunächst noch den Zügel anlegen mögen, so bietet die Sozialpolitik ihm und den wortführenden Genossen das geeignete Objekt.

Zusammenfassend bemerkt sodann Herr v. Savigny gegen die bisherige Zentrumspolitik mit berechtigter Schärfe: „Gegen das System Erzberger-Moeren muß die Parole lauten: „gegen die mit den Sozialdemokraten wetteifernde Demagogie“. Ueber die Folgen der Auflösung des Reichstages und der Möglichkeit einer inneren Wandlung im Zentrum spricht sich der Verfasser folgendermaßen aus:

Die eigentliche Entscheidung, ob es aufwärts oder abwärts gehen soll, ob wir ruhige, verfassungsmäßige Weiterentwicklung oder nationale Katastrophen zu erwarten haben, liegt beim Zentrum selbst. Nicht es aus der erhaltenen Veltion seine Lehren, wobei es ihm unbenommen sein mag, einige 24 Stunden lang die Richter zu schelten; macht sich in ihm eine kräftige Reaktion gegen die Demagogie geltend, versteht es unbedrungen und vordringlichen Elementen den bescheidenen Platz anzuweisen, der ihnen zukommt; weiß es sich der „Archierberger“ zu erwehren, die durch den warmen Regen der Diäten gelockt, allenthalben die Bißge aus dem Boden schießen werden; mag es, seine Wählermassen nicht zu umschmeicheln, sondern zu erziehen, ihnen Verständnis für die Notwendigkeiten des Staates beizubringen, ihnen begeistern zu machen, daß sachliche, wenn auch unerbittliche Kritik die Aufgabe der Reichstags aber nicht der Ort ist, um schmutzige Wäsche mit Behagen vor den Augen der Welt, um der Freunde dieser Sanierung

und dieses Materials willen, zu waschen, daß endlich und hauptsächlich es Ideale der Staatsentwicklung gibt, die nicht nur als Mittel zu konfessionellen Sonderzwecken zu denken und zu werten sind, so wird es ein brauchbares Element der dem Reiche im Reichstage notwendigen Majorität bilden können.

## Die französische Reiterei.

Der deutschen Presse, die vollberechtigt alle militärischen Angelegenheiten in Frankreich mit großer Aufmerksamkeit verfolgt, ist aufgefallen, daß gelegentlich der in der Deputiertenkammer erfolgten Beratungen über den Heeresetat die wichtigen Fragen der Artillerievermehrung und einer ausgleichenden Verminderung der Kavallerie so gut wie gar nicht besprochen worden sind, obgleich sie schon seit langer Zeit in der öffentlichen Meinung erörtert und in sehr verschiedenem Sinne beurteilt werden. Die Antwort darauf ist einfach die, daß General Picquart erst im Senat gelegentlich der Diskussion über ein neues Kadregesetz mit seinen diesbezüglichen Anträgen hervortreten will und eine frühere öffentliche Meinungsäußerung darüber nicht für zweckdienlich erachtet.

Nun hat sich aber mit der Nachricht über die Absichten einer Verminderung der Kavallerie die Presse darüber aufgeregt, daß gerade alle Kürassierregimenter eine solche Einbuße erleiden sollten, warum nicht auch die Dragoner, Husaren und Jäger zu Pferde daran beteiligt seien, oder ob das etwa nur der erste Schritt sei, um nach und nach die Waffe der Kürassiere ganz eingehen zu lassen? Die Erwiderung auf diese Frage wird nun von anscheinend autoritativer Seite dahin gegeben, daß das Ausschneiden gerade der Kürassierschwadronen den Erfahrungen zuzuschreiben sei, die schon öfters, ganz besonders aber während der diesjährigen großen Kavalleriemänöver mit den Kürassierregimentern gemacht worden seien. Aus Berichten über diese Mänöver, an denen die 1. und 5. Kavalleriedivision unter der Leitung des Generals Burnez teilgenommen haben, geht nämlich hervor, daß die Kürassierregimenter sowohl hinsichtlich ihrer Manövrierfähigkeit, wie auch ganz besonders in bezug auf Ausdauer nicht den an sie gestellten Anforderungen entsprochen haben. Es wird dazu ausgeführt, daß das französische Exerzierreglement der Kavallerie hohen Wert lege auf Geschmeidigkeit der Evolutionen und auf schnelle und geschickte Bewegungen, um den Gegner unsicher zu machen und ihn beim Angriff möglichst gleichzeitig von verschiedenen Seiten anfallen zu können. Diesen unerläßlichen Forderungen hätten sich die Kürassiere fast durchweg nicht gewachsen gezeigt, ihre Bewegungen seien zu langsam und schwerfällig gewesen und sehr oft sei der Fall eingetreten, daß bei der Attade der Kommandeur der Kürassierbrigade nur für seine Person an den Feind gekommen sei ohne seine Regimenter, die ihm in schneller Gangart nicht hätten folgen können.

Daß aber auf Grund dieser ungünstigen Ergebnisse beabsichtigt sei oder auch nur beabsichtigt werden könne, die Waffe der Kürassiere ganz fallen zu lassen, davon will die französische Presse nichts wissen. Sie meint, der Gedanke der Einheitskavallerie, der ja jetzt so viel bei verschiedenen Armeen erwoogen werde, könne in Frankreich niemals festen Fuß fassen. Hier habe jede Waffe ihre geschichtliche Tradition und die öffentliche Meinung hinge zu sehr an den Kürassieren von Reichshofen und von der Moskwa, als daß irgend eine Regierung es unternehmen könne, die Regimenter auszuscheiden. Dem Namen nach wenigstens müßten sie unter allen Umständen erhalten bleiben. Eine andere, durchaus zeitgemäße Erwägung sei dagegen, wie die Ausrüstung und auch der Eratz dieser Regimenter nach und nach geändert werden könne. Man solle mit der Abschaffung der Kürassiere beginnen, dann nicht mehr so große und schwere Leute einstellen und endlich auch eine andere Kopfbedeckung einführen. Durch diese Erleichterung werde man die Kürassierregimenter allmählich zu einer ebenso beweglichen Waffe machen, wie die anderen, und das noch dazu ohne große Kosten oder radikale Mittel anzuwenden.

Die Kavalleriemänöver, die kurz erwähnt worden sind, haben auch noch nach vielen anderen Richtungen Veranlassung zu beachtenswerter Kritik gegeben. So wird die Frage der Bewaffnung mit der Lanze von den verschiedensten Gesichtspunkten aus beleuchtet und besprochen. Bekanntlich sind von der französischen Kavallerie nur die Dragonerregimenter der Kavalleriedivisionen mit Lanzen ausgerüstet und schon wiederholt ist die Frage aufgeworfen worden, ob man nicht die übrige Reiterei ebenso be-

waffen oder die Waffe überhaupt ganz fallen lassen solle. Viele verweisen dazu auf das Beispiel der englischen Kavallerie, die angeblich auf Grund der Erfahrungen des südafrikanischen Krieges die Lanzen abgekauft habe. Aber diese Kritiker vergessen, daß neuerdings auf Grund der Vorschläge des Generals French die Lanze wieder angenommen worden ist, weil sie für den Einzelkampf wie für die Attacke eine höchst wertvolle Waffe sei. Ganz interessant ist übrigens, was die Gegner dieser Bewaffnung in Frankreich über die deutsche Kavallerie sagen. Sie meinen, daß sich für unsere Reiterei die Lanze nur deshalb so gut eigne, weil wir nur die eng geschlossene Attacke geradeaus kennen, bei der unter Umständen die Lanze von guter Wirkung sein könne. Bei der hohen Manövriertätigkeit der französischen Kavallerie dagegen, die noch bis zum letzten Augenblick evolvieren wolle, um dann dem feindlichen choc nur einen Teil ihrer Kräfte entgegenzuwerfen, während die übrigen Teile, mit Ausnahme einer noch zurückgehaltenen Reserve, sich geschickt gegen die Flanke des Gegners werfen würde, habe die Lanze natürlich nicht den gleichen Wert. Zudem sei die dreifache Bewaffnung der Kavallerie eine zu große Last, nicht nur für den Mann, sondern auch für das Pferd, und endlich sei zu bedenken, daß nach Einführung der zweijährigen Dienstzeit auch bei der Kavallerie die verschiedenartigen Zweige der Ausbildung auf das Mindestmaß beschränkt werden müßten. Es muß aber hinzugefügt werden, daß es trotz dieser Gegnerschaft und mannigfacher Einwände gegen die Lanzenbewaffnung in Frankreich viele Stimmen gibt, die die Einführung dieser Waffe auch noch für je ein Regiment der Korpskavallerie fordern.

Eine andere Forderung, die in kavalleristischen Kreisen als besonders dringend aufgestellt wird, betrifft das Geschütz der den Kavalleriedivisionen beigegebenen reitenden Artillerie, das nicht über 1500 Kilogramm schwer sein dürfe. Auch das durch Wegnahme der Schutzschilde und der Gummischuhe schon erleichterte 75 Millimeter-Geschütz der reitenden Batterien sei noch viel zu schwer. Endlich wird in diesen Kreisen auch noch gewünscht, daß die Kavalleriedivisionen nicht nur für sich üben dürften, sondern mindestens alle drei Jahre zu den großen Übungen der gemischten Waffen herangezogen werden müßten. Die Kavalleriemassen gehören aufs Schlachtfeld, ihre Verwendung dort können sie nur lernen, wenn sie in dauernder Verbindung mit den anderen Waffen bleiben.

### Die Wahlrechtsreform in Sachsen.

(Telegramm.)

\* Dresden, 15. Jan. Das „Dresdener Journal“ meldet: Angesichts der Prekäuren über eine Aenderung des sächsischen Landtagswahlrechtes haben wir an maßgebender Stelle Erkundigungen eingezogen und können auf Grund zuverlässiger Information feststellen, daß ein Entwurf des neuen Wahlgesetzes für die Zweite Kammer der Stände des Landes in der Tat bereits vorliegt und in seinen wesentlichen Grundlagen auch im Schoße der Regierung Annahme gefunden hat. Der Minister des Innern hält an der von ihm wiederholt ausgesprochenen Absicht unbedingt fest, den Entwurf des neuen Wahlgesetzes dem Landtage so bald wie möglich, d. h. sogleich bei dessen im Herbst zu erwartenden Zusammentreten, zur Beschlussfassung vorzulegen.

### Aus Frankreich.

(Telegramme.)

\* Paris, 14. Jan. Senat. Nachdem das Haus das Budget des Handels- und des Arbeitsministeriums angenommen hatte, begann die Beratung des Budgets des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten. Senator Perrier spricht über die französischen Eisenbahnen und bemerkt, Frankreich habe nur zwei Zufahrtslinien nach Italien, während Deutschland deren acht besitze. Dem müsse nicht nur aus wirtschaftlichen, sondern auch aus politischen Gründen abgeholfen werden. Reiner fragt, ob die italienische Regierung ihre Einwilligung zu dem Bau eines zweiten Gleises von Modane nach Susa auf der Strecke Paris-Turin erteilt habe. Minister Barthelemy erwidert, er hoffe bestimmt, daß die Linie von Modane weiter ausgebaut werde. Es sei die Zeit gekommen, wo die Frage der Zufahrtslinien nach Italien im nationalen Interesse ihre Lösung finden müsse. Die Regierung werde ihre Entscheidung beschleunigen. Das Budget des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten wird hierauf angenommen, ebenso das der Kolonien. Die Sitzung wird dann geschlossen.

\* Paris, 14. Jan. Die Kammer nahm den Gesetzentwurf, betreffend die Abänderung des gerichtlichen Verfahrens, an.

\* Paris, 15. Jan. Ministerpräsident Clémenceau und Arbeitsminister Riviani empfingen gestern eine Abordnung der Municipalität, der Handelskammer und der Arbeitskammer von Fougères. Clémenceau erklärte, daß der Präfekt von Fleury a. M. die Weisung erhalten habe, der Freiheit der Arbeit Achtung zu verschaffen, und legte den Arbeitgebern nahe, mit den Arbeitern in Verhandlungen einzutreten, um eine Einigung zu erzielen. Er gab außerdem bekannt, daß in nächster Woche eine Abordnung der Arbeitskommission der Kammer nach Fougères begeben würde.

\* Paris, 15. Jan. Neben Levoil wird auch der Direktor für die politischen Angelegenheiten im Ministerium des Innern, Louis, als Kandidat für den Madrider Votingsposten genannt.

### Von der Bischofskonferenz.

\* Paris, 15. Jan. Von den 85 Mitgliedern des französischen Episkopats dürften 78 der heute beginnenden Bischofsversammlung beizuhören. Sechs Bischöfe haben sich wegen Krankheit entschuldigen lassen. Es heißt, der Papst wünsche, daß die Bischöfe u. a. eine gemeinsame Einrichtung treffen, welche den Bischöfen der reichen Diözesen gestattet, den ärmeren Diözesen beizustehen. Zu diesem Zwecke soll ein verschiedenen Diözesen entnomme-

ner Ausschuss gewählt werden, dessen Aufgabe es wäre, eine entsprechende Verteilung der Geldmittel vorzunehmen. Der Papst habe ferner empfohlen, eine Kommission zu ernennen, welche in betreff allgemeiner Fragen, sowie bezüglich der ausländischen Geldspenden einen ständigen Verkehr mit dem Vatikan unterhalten würde.

### Die Lage in Rußland.

(Telegramme.)

\* St. Petersburg, 15. Jan. Ihre Majestäten der Kaiser, die Kaiserin und Kaiserin-Mutter empfingen gestern nachmittag in Zarstojes-Selo das gesamte diplomatische Korps zur Neujahrsgratulation.

\* St. Petersburg, 15. Jan. Die Aussagen der bisher vernommenen Zeugen für die unter dem Verdachte, die Mörder Herzogens zu sein, stehenden Personen, sind so ungünstig, daß ein Haftbefehl gegen sie erlassen wurde. Ob er ausgeführt werden konnte, ist vorläufig nicht bekannt.

\* St. Petersburg, 15. Jan. Wie hier verlautet, ist die geplante Errichtung einer päpstlichen Nuntiatur in St. Petersburg aufgegeben worden.

### Marokko.

(Telegramme.)

\* Madrid, 14. Jan. Im Ministerium des Aeußern wurde heute erklärt, daß, da infolge der Flucht Kaifulis die Gründe, welche die Anwesenheit der französischen und des spanischen Geschwaders in den Gewässern von Tanger rechtfertigen, wegfallen, die Kriegsschiffe zurückbeordert werden sollen, wenn der Sultan die Einrichtung der Polizei garantiert.

\* Madrid, 15. Jan. Der Minister ermächtigte den Minister des Aeußern, sich mit Frankreich darüber ins Einvernehmen zu setzen, wie ein Teil der vor Tanger liegenden Seestreitkräfte zurückgezogen werden könnte.

\* London, 15. Jan. Nach einer Meldung des „Daily Telegraph“ aus Tanger ist in Mogador ein Niederlage errichtet worden zum Verkauf von Chassepotgewehren und Patronen, die Eingeborenen angeboten werden sollen, die ins Innere gehen.

\* London, 14. Jan. Der Panzer „Charlemagne“ ist von Tanger kommend, heute nachmittag auf der hiesigen Reede eingetroffen. Die vom „Charlemagne“ aus Tanger gebrachten Nachrichten lauten, daß die Lage dort gut ist. Während ihres Aufenthalts in den marokkanischen Gewässern gingen die Offiziere und Mannschaften der Schiffbesatzung lässlich an Land, ohne jemals irgend welchen Feindseligkeiten zu begegnen. Mehrere Offiziere wohnten der Proklamation des Sultans bei, durch die Kaifuli abgesetzt wurde. Man glaubt, daß Kaifuli sich noch immer im Busch in der Nähe von Jinauf aufhält. Während der Beschießung dieser Stadt enthielten sich die französischen Schiffe jeden Eingreifens und hielten sich in einer Entfernung von 7 Kilometer von der Küste. Admiral Touchard kündigte seine Abreise mit den Panzern „Suffren“ und „Saint-Louis“ für Anfang Februar an. Einem Gerücht zufolge, soll der Panzerkreuzer „Gonde“ nach Tanger abgehen.

### Großherzogtum Baden.

\* Karlsruhe, 15. Januar.

Seine königliche Hoheit der Großherzog hörte heute vormittag halb 11 Uhr den Vortrag des Präsidenten des Ministeriums des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten, Geheimrats Freiherrn von Marschall, und empfing um 12 Uhr gemeinsam mit Ihrer königlichen Hoheit der Großherzogin den Weißbischhof Freiherrn Jörn von Bülow aus Straßburg.

Zur Mittagstafel erschien Seine Großherzogliche Hoheit Prinz Max. Nach der Tafel unternahmen die Großherzoglichen Herrschaften eine Spazierfahrt.

Nachmittags 5 Uhr fand bei Ihrer königlichen Hoheit der Großherzogin ein größerer Damenempfang statt, mit dem eine musikalische Aufführung verbunden war.

Abends von 6 Uhr an hörte Seine königliche Hoheit der Großherzog die Vorträge des Geheimrats Dr. Freiherrn von Babo und des Legationsrats Dr. Seyb.

An der Abendstafel werden die Erbprinzessinnen Herrschaften teilnehmen.

\*\* Am 21. Januar wird die Station Heinsheim auch für den Eil- und Frachtgutverkehr eröffnet.

\*\* Aufgefundenes Geld. Es wurde aufgefunden: Am 5. Januar auf der Haltestelle Reimen der Betrag von 10 M.

§ (Verionalsnachrichten aus dem Ober-Postdirektionsbezirk Karlsruhe.) Angenommen als Telegraphengehilfen: Max Arnold in Pforzheim Laura Barth in Mannheim, Maria Mättinger in Bruchsal, Elisabeth Stürmer in Karlsruhe.

Ernannt zu Postassistenten: die Postgehilfen Otto War in Pforzheim, Emil Buchleier in Mannheim, Wilhelm Hedemann in Baden, Baden, Heinrich Jost in Pforzheim, Heinrich Weihenberger in Bruchsal.

Verletzt die Postassistenten: Wilhelm Hilderhof von Heidelberg nach Rosbach, Heinrich Ruder von Kuppenheim nach Karlsruhe.

§ Telegraphen- und Fernsprechdienst an den Wahltagen. Sämtliche Telegraphenanstalten des Ober-Postdirektionsbezirks Karlsruhe (B) werden am Tage der Reichstagswahlen, der Städt- und der etwaigen Nachwahlen, soweit nicht noch längerer Dienst besteht, bis 12 Uhr nachts Telegraphen- und Fernsprechdienst abhalten.

§ (Der Arbeiterbildungsverein) hielt gestern abend in seinem Vereinslokale seine ordentliche Generalversammlung ab, welche der erste Vorsitzende, Herr Münzwerkmeister Adolf Wittmann, leitete. Der von dem Schriftführer, Herrn Otto Köhle, zur Berlesung gebrachte Jahresbericht zeigte, daß der Verein auch im verflohenen Jahre einen erfreulichen Aufschwung genommen hat. Die Statutenverbände sind nach

dem von Vermögensverwalter L. Dingler verlesenen Rechenschaftsbericht als günstige zu bezeichnen. Des weiteren wurde der vom Vorstande beantragte Nachtragskredit bewilligt. Die Wahlen hatten folgendes Ergebnis: An Stelle des am 1. Oktober abgehenden langjährigen ersten Vorsitzenden, Herrn A. Wittmann, wurde der seitherige zweite Vorsitzende, Herr Rechtsanwalt Otto Heinsheimer, und an dessen Stelle der langjährige frühere Schriftführer, Herr Adolf Köhle, zum zweiten Vorsitzenden gewählt. Als weitere Vorstandsmitglieder wurden die Herren D. Köhle, L. Dingler, L. Schmidt, L. Mann, H. Böhringer, F. Windischdel, F. Jost und Ed. Maier neu resp. wiedergewählt. Der im den Verein hochverdiente, nun zurückgetretene, langjährige erste Vorsitzende, Herr Münzwerkmeister Adolf Wittmann, wurde auf Vorschlag von Rechtsanwalt Heinsheimer in Anerkennung seiner hervorragenden Verdienste um den Verein, dem er bereits 42 Jahre, teils in leitender, teils sonst tätiger Stellung angehört, einstimmig zum Ehrenvorsitzenden ernannt. Nach Besprechung einiger Vereinsangelegenheiten wurde die Generalversammlung geschlossen.

§ (Der erste diesjährige Festball) findet, wie bereits angekündigt, Samstag den 26. d. M. statt. Die Summe der zur Prämierung von Einzelstimmen und Gruppen angelegten Preise ist wieder auf 1100 M. festgesetzt. In die Ball- und Konzertmusik teilen sich die vollständigen Kapellen des 1. Bad. Leib- u. Grenadierregiments Nr. 109 und des 1. Bad. Leib- u. Dragonerregiments Nr. 20 in einer Gesamtdarstellung von etwa 80 Mann. Beide Kapellen werden indes wegen des am gleichen Abend stattfindenden großen Zapfenreises erst von 9 Uhr an spielen. Von 8 bis 9 Uhr wird die Musik von der Kapelle der freiwilligen Feuerwehr ausgeführt. Zur bequemeren Befichtigung des Balles sind für diejenigen, welche sich nicht in das Maskentreiben im Ballsaale mischen wollen, nummerierte Plätze in der Balkonreihe der oberen Gallerie und in der ersten Stiege neben dem Balkon eingerichtet, die sich von jeher lebhafter Nachfrage erfreuten. Vormerkungen auf diese Plätze werden bei Herrn Dahlemann, Kaiserstraße Nr. 185, entgegengenommen.

§ (Schwurgerichtssitzung vom 14. Januar.) Auf der Sitzung zwischen Bruchsal und Heildesheim wurde in der Nacht vom 14. auf 15. Oktober gegen 1 Uhr der Kaffarbeter Karl Heber aus Heildesheim von drei ihm unbekanntem jungen Burchen überfallen und eines Geldbetrages von 20 M. 10 Pf. beraubt. Die Täter konnten schon anderen Tags ermittelt und verhaftet werden. Es waren die 20jährigen Gipsergehellen Albert Kitzel und Karl Hauser aus Lintheim, sowie der 19 Jahre alte Tagelöhner Josef Kling aus Bruchsal, alle darselbst wohnhaft. Sie waren am Abend des 14. Oktober in der Wirtschaft zum „Engel“ in Bruchsal, in der auch Heber sich damals aufhielt. Dieser war ziemlich angetrunken und renommierte mit seinem Gelde; dabei ließ er ein Franzjägermännchen auf den Tisch fallen. Dies brachte die Burchen auf den Gedanken, den Mann zu berauben. Sie folgten ihm, nachdem er sich auf den Heimweg nach Heildesheim begeben hatte, nach, holten ihn ein Stück vor der Stadt ein und warfen ihn in den Straßengraben. Während Heber sich auf Heber setzte, um ihn wehrlos zu machen und Kling dem Manne den Mund zupießte, griff Heber dem Daliegenden in die Taschen und nahm das Geld heraus. Dasselbe verbrauchten sie am anderen Vormittag in einer Wirtschaft. Die Geschworenen sprachen die Angeklagten unter Zustimmung mildernder Umstände des Straßenaubts schuldig, worauf Kling zu 1 Jahr 6 Monaten, Heber zu 1 Jahr 3 Monaten und Kling zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt wurde. In jeder Strafe kommen je 2 Monate und 3 Wochen Untersuchungsfrist in Abzug.

In der Nachmittagsitzung mußte sich der in Karlsruhe wohnhafte Kaufmann Hermann Mahwald aus Gersbach wegen Meineids verurteilen. Der Angeklagte, der hier eine Kartomagnfabrik betrieb, wurde in einer Privatklage, die ein Kaufmann Ebner hier gegen den Apotheker Freihold in Berlin, den Schwager des Angeklagten, führte, als Zeuge einvernommen und hatte unter seinem Eide ausgesagt, das Geschäft sei Eigentum seines Schwagers und er sei nur dessen Geschäftsführer. In Wahrheit gehörte aber das Geschäft dem Mahwald und wurde nur auf den Namen des Freihold geführt, um Mahwald vor seinen Gläubigern zu sichern. Von den Geschworenen wurde die Schuldfrage nach § 175 bejaht. Das daraufhin erlassene Urteil lautete auf 9 Monate Gefängnis, abzüglich 3 Monate Untersuchungsfrist.

Z.-B.I.M.u.H. (Schneebeobachtungen.) Die in der Höhe liegende Schneedecke hat in der verflohenen Woche nur geringe Veränderungen erfahren; an einigen Beobachtungsstellen hat sie etwas ab-, an anderen dagegen etwas zugenommen. Am Morgen des 12. Januar (Samstag) sind geigen in Furtwangen 69, in Dürren 7, in Stetten a. L. 20, in Heiligenberg 22, in Jollhaus 28, beim Feldberg 145, in Tüßee 55, in Bomdorf 20, in Gochenwand 64, in Bernau 60, in Gersbach 100, in Todmanberg 88, in Eßbronn 73, in St. Märgen 87, in Kniebis 75, in Breitenbrunn 68, in Gerrenwies 59, in Kaltenbronn 60 und in Strimpfelbrunn 17 Zentimeter.

\* Ettlingen, 15. Jan. Zwei fremde Bernhardshunde brachen am Sonntag morgen in die Schaffställe der Herrn Gebrüder Williard hier, verletzten mehrere Schafe und zerstörten die Herde. Gegen Mittag drangen die Hunde in den neuen Friedhof ein, fielen den Sohn des Totengräbers Mader an und brachten demselben mehrere Verletzungen bei. Als man Jagd auf die Hunde machte, verbanden dieselben in der Richtung gegen Wolfartsweier in der Wald. Für den Besitzer der Hunde dürfte die Sache wohl ein Nachspiel haben.

\* Kleine Nachrichten aus Baden. Der Gröninger Gesangsverein „Eintracht“, wohl der älteste Gesangsverein des Pfälztales und einer der ältesten des Landes, blickt im Laufe des Jahres auf sein 60jähriges Bestehen zurück. Mit der Feier des Stiftungsfestes soll ein Gefangenschaftsfest verbunden werden. Dem Herrn Oberle in Sasbach wurden nachts mittels Einbruchs 2000 M. in Wertpapieren und 100 M. Bargeld entwendet. — In der Nacht zum Sonntag brannten in Riegel a. N. zwei Oekonomiegäude völlig und zwei Wohngebäude zum Teil nieder. Besitzer der ersteren sind die Brauereigesellschaf Meher u. Söhne und Josef Scherzinger. Die letzteren gehören Josef Scherzinger und der Allg. Elektrizitätsgesellschaft, die in dem Gebäude ihr Bauureau aufgeschlagen hatte. Die Brandursache ist unbekannt. Der Schaden ist größtenteils durch Versicherung gedeckt. — Die erste Generalversammlung des Milchproduzentenvereins für Freiburg in Kirchgarten war trotz des schlechten Wetters gut besucht. Nach dem von Kassier, Dr. Heim, erstatteten Jahresbericht hat sich die Milchlieferung im letzten Jahre verdoppelt. Die Neuwahl ergab Wiederwahl des ersten und zweiten Vorsitzenden, Bürgermeister Goldschmidt und Gutsbesitzer Kiefferer, und Neuwahl des Schriftführers Emil Laile. Außerdem wurden 9 Beisitzer aus allen Gemeinden gewählt. Vorträge hielten Gutsbesitzer Kiefferer und Dr. Lengensbeier. Letzterer regte den Zusammenschluß aller Milchproduzentenvereine an, welcher Plan einstimmig gutgeheißen wurde. Eine Anzahl neuer Mitglieder konnte aufgenommen werden. — Für die städtischen Arbeiter in Billingen soll eine eigene Krankenkasse errichtet werden. — In Säckingen herrscht unter den Kindern der sogenannte blaue Husten, der leider schon vier Opfer gefordert hat.



